

Politischer Aschermittwoch

Vögel – Vogelschutz

Hier möchte ich gleich anknüpfen an die phantastischen Bilder und die tolle Musik!

Größter Feind der Brutvögel, besonders der Wiesenvögel, ist die industrialisierte Landwirtschaft, dann der Verkehr, weit abgeschlagen: Windkraftanlagen

Wenn ich gerade beim Thema bin: wusstet Ihr schon, dass in einem Jahr allein in Niedersachsen fast 40.000 Rehe dem Straßenverkehr zum Opfer fallen? Von Igel, Katzen, Mardern,... ganz zu schweigen. Und erst die Insekten – und auch über 400 Menschen – weitaus mehr als jemals Windenergieanlagen zum Opfer fallen. Und auch der Lärm, der von Straßenverkehr ausgeht, ist deutlich höher als der, der von Windrädern ausgeht.

Fordern wir jetzt gemeinsam das Ende des Autoverkehrs???

Friedenspolitik

Ukrainekonflikt, ISIS, aber auch Zentralafrikanische Republik, Südsudan, Somalia, Gaza, Afghanistan,...

Libyen, wo man sich abgefeiert hatte, dass man den Diktator Gaddhafi beseitigt hatte. Doch die Saat der Gewalt geht weiter auf, auch mit den Waffen der ehemaligen Gaddhafi-Söldner – in Libyen selbst, aber auch in Mali und jetzt ganz verheerend: Boko-Haram in Nigeria, Kamerun, Tschad und Niger

Was lehrt uns gerade dieses letzte Beispiel? Gewalt - auch die zur Vertreibung eines Diktators eingesetzte – ist keine Lösung, die den Menschen – und um die muss es uns immer gehen – hilft und ein Land befrieden kann.

Da hilft auch der permanente Druck der Medien, die uns Bilder von geschundenen Menschen, Frauen und Kindern, die unter Unrechtsherrschaft leiden, nicht. Wer nicht mit der Waffe in der Hand „hilft“ oder doch zumindest Waffen zur Selbstverteidigung liefert, lässt die Leidenden im Stich und ist nicht bereit, Verantwortung in der Welt zu übernehmen?

Mitnichten! Die Grand Dame der Grünen, Antje Vollmer, spricht in einem hervorragenden Aufsatz im aktuellen Greenpeace-Magazin, das ich jedem hier sehr ans Herz legen möchte, wie ich finde sehr zutreffend von „Menschenrechts-Bellizismus“. Dem stellt sie die überzeugenden Beispiele großer Politiker gegenüber, die alles daran setzten, ihren Kampf gewaltfrei zu führen und damit dem Gegner auch immer einen Ausweg zu einer friedlichen gemeinsamen Zukunft offenlassen: Gandhi, Nelson Mandela, Vaclav Havel, Lech Walesa, Michail Gorbatschow. Und sie endet mit folgendem Satz: „Es fehlt nicht an Beweisen für die politische Qualität des Pazifismus, es fehlt an Politikern, die aus diesen Jahren der Blütezeit gewaltfreier Konfliktlösungen Konsequenzen für heute ziehen“.

Bei allem Leid und Unrecht, das in der Ostukraine genauso schwer aushaltbar ist wie im Shingal-Gebirge oder in den Straßen von Bangui. Ich sehe die Verpflichtung deutscher Verantwortung in der Welt und grüner Friedenspolitik nur in einer massiven Stärkung der zivilen Konfliktbearbeitung und -prävention und in einem Ausbau diplomatischer Anstrengungen zur Stärkung der UNO und zu Friedensverhandlungen mit allen Beteiligten.

Doch wisst ihr, dass der Ansatz im Bundeshaushalt 2015 für den Verteidigungsetat mit 32 Mrd Euro mehr als 200 mal so hoch ist wie der für zivile Krisenprävention?

Dass allein 15 Mio Euro Steuergelder jährlich für den Reservistenverband ausgegeben werden?

Der Etatansatz für den Entwicklungshilfehaushalt ist mit 6,5 Mrd Euro nur unwesentlich höher als die deutschen Rüstungsexporte – und die aus meiner Sicht angesichts der deutschen Rüstungsexportleitlinien illegitimen Exporte in Krisenregionen (Saudi-Arabien, Katar, Algerien, Israel,..) nehmen ständig zu.

Griechenland hat im Herbst 2014 allein für 50 Mio € Munition bei Rheinmetall bestellt!?! Merkt Ihr was?

Was macht Hoffnung?

Kleine Projekte wie INOVARCA in Zentralafrika, wo auf Initiative der religiösen Oberhäupter – Imam, katholischer und evangelischer Bischof – mit afrikanischen FriedensarbeiterInnen vor Ort nach Lösungen in einem entgrenzten Konflikt gesucht wird.

Der Friedensprozess in Kolumbien, wo Präsident Santos gegen das politische Establishment versucht, in Verhandlungen mit den Rebellengruppen FARC und ELN einen 60jährigen Bürgerkrieg endlich zu beenden.

TTIP, CETA, TISA

Noch ein Wahnsinn in der aktuellen Politik! Vor 20 Jahren wurde die Welthandelsorganisation WTO mit Sitz in Genf gegründet. Ihr Ziel? Stärkung des Freihandels und Abbau von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen.

Gemeinsam mit vielen Organisationen der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft, Kirchen und Gewerkschaften haben wir das damals scharf kritisiert, weil dem Dogma des „freien Handels“ keine sozialen und ökologischen Leitplanken mitgegeben wurden. Dem freien Spiel der Marktkräfte wurde anvertraut, das Wohl der Menschheit zu mehren. Heute, 20 Jahre später, wissen wir, wohin das führt: der Handel hat zugenommen, doch auch die Krisen einer unregulierten Finanzwelt und von Märkten, in denen einzelne Unternehmen „too big to fail“ werden konnten, stürzen in immer dichter aufeinander folgenden Wellen auf uns ein.

Fairer Handel fristet trotz einiger Erfolge in unserem Bewusstsein auch über 40 Jahre nach seinem Markteintritt immer noch ein Nischendasein. So liegt der Marktanteil z.B. bei fair gehandeltem Kaffee in Deutschland bei etwa 2 %. Da ist noch viel Luft nach oben für konkretes Handeln einer jeden unter uns!

Doch weit Schlimmeres droht uns nun mit den weit über die neoliberalen Deregulierungen der WTO hinausgehenden Freihandelsabkommen CETA – mit Kanada – und TTIP mit den USA, sowie im Dienstleistungsbereich mit TISA.

Hier sollen nicht nur manche noch verbliebenen Handelsregulierungen endgültig wegfallen. Konzerne sollen zukünftig unsere Staaten vor Schiedsgerichten, die außerhalb rechtsstaatlicher Kontrolle liegen, verklagen können, wenn sie sich in ihren Gewinnchancen beeinträchtigt fühlen.

Als ob die bestehenden Gerichte in unseren vorbildlichen Rechtsstaaten nicht ausreichen. Und die SteuerzahlerInnen sollen dann zahlen.

Diese Schiedsgerichte gibt es teilweise auch jetzt schon. Allerdings in einem kleineren Rahmen, da der neu entstehende Handelsraum drastisch größer als die bisher von solchen Verträgen abgedeckten Gebiete ist. Trotzdem nur mal als Zahl: seit 1994 sind 20 EU-Staaten bereits 127 mal vor Schiedsgerichten verklagt worden und mussten 3,5 Mrd Euro Schadensersatz an Unternehmen zahlen. Dabei ist mehr als ein Drittel der Verfahren noch gar nicht abgeschlossen. So auch die Klage Vattenfalls gegen Deutschland wegen des Atomausstiegs vor einem

Schiedsgericht in Washington. Man rechnet mit ca 9 Mio Euro allein an Verfahrenskosten. Wenn Vattenfall gewinnt, droht eine Zahlung von 4,7 Mrd Euro zzgl. Zinsen durch die deutschen Steuerzahlerinnen. Können wir eine Ausweitung dieses Schiedsgerichtswesens durch TTIP und CETA wirklich wollen?

Doch die Abkommen bergen noch deutlich mehr Sprengstoff – für Umwelt und Landwirtschaft vor allem durch das Konzept der gegenseitigen Anerkennung des Marktzugangs und die sogenannte „regulatorische Kooperation“.

Auch wenn versprochen wird, die bisherigen Umwelt- und Gesundheitsschutzstandards, die es auf beiden Seiten des großen Teiches gibt, nicht anzutasten, so verlieren sie trotzdem ihren Wert, wenn es zukünftig möglich ist, dort in den Markt einzutreten, wo einem Unternehmen die Standards genehmer sind, und dann trotzdem auch auf den anderen Kontinent liefern zu können. Und für zukünftige, neue Gesetze, die ein Parlament wie z.B. der Bundestag zum Schutz von Verbraucherinnen und Gesundheit oder der Umwelt erlassen möchte, würde dann gelten, dass zunächst die Unternehmenslobby gefragt werden müsste, ob dieses Gesetz ihnen möglicherweise Gewinnchancen schmälern könnte. Soll sich unser Staat, unser Europa, so seiner eigenen Gesetzgebungskompetenz berauben lassen?

Doch besonders besorgt mich – gerade für unsere Agrarregion, dass TTIP und CETA den Landwirtschaftssektor deregulieren sollen. Wie sollen unsere bäuerlichen Betriebe, ja selbst Großbauern mit 600

oder 1000 Kühen, gegen Agrarfabriken mit Tausenden von Hektar und Tieren eine Chance haben, wenn nur noch der hygienische Zustand des Endproduktes über den Marktzugang entscheiden darf, nicht mehr der Produktionsprozess, das Tierwohl, die regionale Herkunft,...

Ein Beispiel - Thunfisch

Frau Merkel will das so. Warum bleibt ihr Geheimnis. Und auch Herr Gabriel zweifelt zwar öffentlich – wenn er bei den Gewerkschaften ist – am Sinn der Schiedsgerichtsverfahren. Doch wenn er beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos mit den Bossen zusammensitzt, lästert er auch mal abfällig über die TTIP-KritikerInnen als hysterische Bremser.

Also, ich will das nicht. Viele Menschen in Europa auch nicht! Fast 1,5 Millionen Europäerinnen haben bereits die Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA unterschrieben. Macht das bitte auch!

Das heißt übrigens nicht, dass ich der Meinung bin, in unserer Landwirtschaft liefе alles rund!

Tierschutz, Trinkwasserschutz, Bodenschutz, Gesundheitsschutz sind die Schlagworte, mit denen ich mich in der politischen Arbeit als Umweltpolitischer Sprecher aktuell fast täglich zu befassen habe.

Mein und unser grünes Ziel dabei ist eine Landwirtschaft im Einklang mit unseren planetaren Grenzen und unseren natürlichen Lebensgrundlagen

Gesunde Böden, gesunde Tiere ohne multiresistente Keime – die Weltgesundheitsorganisation warnt schon vor dem „postantibiotischen Zeitalter“, nitratfreies Grund- und Trinkwasser – darum geht’s im Kern. Hier ist auch unter den Landwirten mittlerweile einiges an Umdenken erkennbar – doch der Druck durch niedrige Fleisch- und Milchpreise bei gleichzeitig exorbitant gestiegenen Pachtpreisen ist enorm. So groß, dass auch einige Biobauern mittlerweile wieder aufgeben mussten.

Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, dass Lebensmittel als Mittel zum Leben endlich einen fairen Preis bekommen! Initiativen wie „Die faire Milch“ des BDM oder natürlich biologisch angebaute Produkte bieten uns als VerbraucherInnen echte Alternativen zum Geiz ist geil-

Kauf immer billigerer Massenware. Die beginnende Fastenzeit kann ja auch mal wieder ein Anlass sein, den eigenen Fleischkonsum kritisch zu hinterfragen.

Fastenzeit steht an – in unserem christlich geprägten, aber längst multikulturellen Abendland. Der beste Karnevalswagen fuhr diesbezüglich vorgestern in Düsseldorf: „Wahrer Untergang des Abendlandes sind ertrinkende Flüchtlinge“

Und was macht die christliche Merkel-Regierung? Sie stellt das Kirchenasyl in Frage. Geht's noch? Die Fastenzeit soll ja auch der Besinnung dienen – vielleicht hilft das ja Herrn de Maizière?

Und noch ein Appell zum Aschermittwoch am Schluss:

„Neuer Lebensstil. Heute für das Überleben sorgen“

so lautete die Überschrift in Publik-Forum wann?

Heft 15/1976!!!

Vielleicht hilft beim Überdenken unseres Lebensstils ja ein

Hinweis von Prälat Kossen vom letztjährigen

Genossenschaftstag in Oldenburg:

„Unkontrolliertes Wachstum hat in der Medizin einen

Namen: Krebs!“

In diesem Sinne wünsche ich uns allen nun nach dieser

sicher nicht ganz leichten Kost wieder tolle Unterhaltung

und Entspannung mit DreyBartLang!

Es gilt das gesprochen Wort!